

K-5 Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 10.12.2020
Tagesordnungspunkt: K-5 Kapitel 5

2723 **5. Vielfalt leben - in Freiheit und Gleichheit**

2724 Berlin ist die Stadt der Freiheit. Hier leben knapp vier Millionen Menschen mit den
2725 unterschiedlichsten Biographien, Identitäten, Zielen und Träumen. Unsere Vision ist eine
2726 Stadt, die der Vielfalt ihrer Bewohner*innen gerecht wird. Der Staat kann und soll das
2727 Zusammenleben von Menschen nicht steuern und organisieren. Aber er ist in der Pflicht, das
2728 Versprechen des Grundgesetzes auf Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung und
2729 Selbstbestimmung für alle Wirklichkeit werden zu lassen. Wir werden dafür sorgen, dass
2730 Strukturen der Diskriminierung und Ungleichmachung aufgebrochen werden, dass Hass und
2731 Spaltung keine Chance haben, dass niemand Angst haben muss, das eigene Leben frei zu
2732 gestalten. Für uns sind Respekt und Anerkennung die Leitprinzipien einer offenen
2733 Gesellschaft. Wer die Gesellschaft ändern will, muss bei sich selbst beginnen. Deshalb haben
2734 wir uns als Partei auf den Weg gemacht und damit begonnen, Diskriminierungen und
2735 Ausschlussmechanismen in unseren Strukturen zu identifizieren und abzubauen. Uns ist
2736 bewusst: Menschen, die der weißen Mehrheitsgesellschaft angehören, müssen ihre eigenen
2737 Privilegien kritisch reflektieren und aktiv Rassismus verlernen. Menschen, die in unserer
2738 Gesellschaft von Rassismus betroffenen sind, müssen sichtbar werden und zu Wort kommen
2739 können – in der Politik genauso wie in allen anderen Lebensbereichen. Das wäre ein wichtiger
2740 Schritt, um Vielfalt in dieser Stadt leben zu können.

2741 **Schutz vor staatlicher Diskriminierung und Förderung einer vielfältigen Zivilgesellschaft**

2742 Wir haben mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz als erstes Bundesland überhaupt wirksamen
2743 Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen. Gemeinsam mit dem neuen „Diversity-
2744 Landesprogramm“ treiben wir eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung
2745 voran. Mit dem „Landesprogramm für Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ unterstützen wir
2746 zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und
2747 Antisemitismus. Wir werden diese Programme in den kommenden Jahren weiter ausbauen und mit
2748 einem Landesdemokratiefördergesetz einen stabilen Rechtsrahmen und eine stabile Finanzierung
2749 der Zivilgesellschaft garantieren. Vor Ort wollen wir Menschen stärker an politischen
2750 Entscheidungen beteiligen und dazu in allen Bezirken und auf Landesebene Bürger*innenräte
2751 etablieren, die sich temporär zu bestimmten Themen bilden und die gewählten
2752 Repräsentant*innen beraten.

2753 **Selbstbestimmung und 50 Prozent der Macht den Frauen**

2754 Politik für Frauen gehört seit 40 Jahren zu unserer grünen DNA – und wir sind erfolgreich.
2755 In der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus sind 60 Prozent der Mandatsträger*innen weiblich.
2756 Insgesamt liegt die Quote im Abgeordnetenhaus aber nur bei gerade mal einem Drittel. Wir
2757 prüfen einen verfassungskonformen Weg für ein Paritégesetz, damit sich alle Parteien
2758 verpflichten, deutlich mehr Frauen in die Parlamente zu schicken, mit dem Ziel einer
2759 Ergebnisparität im Abgeordnetenhaus.

2760 Freiheit und Selbstbestimmung funktionieren nur ohne Angst und Gewalt. Darum haben wir in
2761 den vergangenen Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und das siebte Berliner
2762 Frauenhaus eröffnen können. Jetzt kämpfen wir für ein achttes Frauenhaus, denn die

2763 Schutzplätze reichen für eine Stadt wie Berlin nicht aus. Wir haben Unterstützung für Frauen
2764 und die Anti-Stalking-Beratungsstelle finanziell besser ausgestattet, in den
2765 Landesunternehmen Leitlinien gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
2766 verabschiedet.

2767 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist für uns selbstverständlich – für viele
2768 Unternehmen leider noch nicht. Darum setzen wir uns auf Bundesebene weiter für ein echtes
2769 Entgelttransparenzgesetz und ein Ende des Ehegattensplittings ein.

2770 **Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt**

2771 Für uns ist klar, Feminismus geht nicht ohne Queer und Queer-Feminismus nicht ohne Kampf
2772 gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung. Wir denken und handeln deshalb „intersektional“,
2773 indem wir die Verschränkungen verschiedener Diskriminierungsformen in den Blick nehmen. Und
2774 so verstehen wir auch unsere Queerpolitik. Wir unterstützen queere Infrastruktur, die offen
2775 ist für alle, und das in der ganzen Stadt. Durch einen ressortübergreifenden Maßnahmenplan,
2776 den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen, bi-, trans*- und inter*-Communities
2777 erarbeitet, entsteht eine dauerhafte Struktur für Akzeptanzarbeit für LSBTIQ*. Gelingen kann
2778 dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine und Aktivist*innen zu Wort kommen. Diese
2779 gemeinsame Arbeit wollen wir fortsetzen.

2780 **Freiheit schützen und bewahren – wir setzen auf den Rechtsstaat**

2781 Freiheit für alle erreichen wir nur, wenn sich Menschen in Berlin sicher fühlen können,
2782 Angst hemmt Freiheit. Mit einem Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir das größte
2783 innenpolitische Reformprogramm in Berlin seit Jahrzehnten realisiert. Mit der Novelle des
2784 Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir Befugnisse zur Abwehr
2785 terroristischer Straftaten oder ähnlich schwerer Verbrechen neu in das Gesetz aufgenommen
2786 und gleichzeitig für mehr Bürger*innenrechte sowie Offenheit und Transparenz bei der Polizei
2787 gesorgt. Wir haben unser innenpolitisches Versprechen umgesetzt und die Stelle eines
2788 unabhängigen Beauftragten für Bürger*innen und Polizeiangelegenheiten geschaffen. Wir sind
2789 der Überzeugung, die beste Sicherheitspolitik setzt auf Prävention – indem wir Menschen
2790 Chancen im Leben geben und die Polizei vor Ort stärken. Wir wollen eine Polizei, die in den
2791 Kiezen verwurzelt ist, die offen mit Fehlern umgeht, rechtsextreme Strukturen in den eigenen
2792 Reihen schonungslos aufdeckt und so vielfältig und offen ist, wie unsere Stadt. Genau so
2793 entsteht Vertrauen. Gewalt und Extremismus egal welcher Couleur haben keinen Platz in der
2794 offenen Gesellschaft. Gegen islamistischen Terror, Rechtsextremismus oder linksradikale
2795 Gewalt braucht es ein entschlossenes staatliches Handeln und eine klare
2796 gesellschaftspolitische Haltung des Miteinanders aller Menschen, die sich auf dem Boden des
2797 Grundgesetzes bewegen.

2798 Wir errichten ein neues Anti-Terror-Zentrum, um islamistischen und rechtsextremen Terror
2799 besser zu bekämpfen. Nach den Skandalen um vergiftete Schießstände haben wir erkrankte
2800 Polizist*innen entschädigt und neue Einsatztrainingszentren gebaut, damit junge
2801 Polizist*innen zeitgemäß ausgebildet werden. Die Zulagen für die Einsatzkräfte bei Feuerwehr
2802 und Polizei wurden deutlich angehoben. Eine gemeinsame Leitstelle für Polizei und Feuerwehr
2803 ist in der Planung, um Berlin für Notfälle sicherer zu machen. Diesen Weg, Ausstattung und
2804 Arbeitsbedingungen für unsere Sicherheitskräfte zu verbessern, wollen wir weitergehen.

2805 Alle Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können. Dafür brauchen wir eine unabhängige,
2806 starke und moderne Justiz. In den vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in
2807 riesigen Schritten besser aufgestellt. Wir haben nach vielen Jahren die Soll-Personalstärke
2808 im Allgemeinen Vollzugsdienst wieder erreicht, Richter*innen und Staatsanwält*innen
2809 eingestellt und für die vielen neuen Stellen in der Justiz zusätzliche Räumlichkeiten
2810 geschaffen. Um der organisierten Kriminalität den Geldhahn abzudrehen und Vermögen

2811 einzuziehen, haben wir eine Spezialabteilung bei der Berliner Staatsanwaltschaft gegründet.
2812 Gerade Verbraucher*innen müssen sich sicher sein können, dass Lebensmittel nicht
2813 verunreinigt sind und digitale Angebote Standards des Datenschutzes erfüllen. Um die
2814 Rechtsdurchsetzung für alle Menschen zu erleichtern, haben wir Verbandsklagerechte
2815 ausgeweitet und sorgen so dafür, dass alle zu ihrem Recht kommen. Der Rechtsstaat ist das
2816 Rückgrat unserer Gesellschaft, wir werden ihn weiter stärken.

2817 **Kulturhauptstadt Berlin**

2818 Die Welt beneidet Berlin um seine Kunst- und Kulturszene – die freie Szene, die Clubkultur,
2819 die vielen Museen, Kinos und Theater. Kunst und Kultur brauchen Freiheit, aber auch eine
2820 auskömmliche öffentliche Förderung und hinreichend Räume. Infolge der Corona-Krise, durch
2821 Bodenspekulation und Verdrängung ist die Situation vieler Kulturschaffender, Kreativer und
2822 privater Kulturorte heute prekärer denn je. Umso mehr kämpfen wir für eine bessere soziale
2823 Absicherung von Kulturschaffenden, die Schaffung und den Erhalt künstlerischer Freiräume
2824 genauso wie für eine gute kulturelle Grundversorgung und Teilhabe aller Berliner*innen. Wir
2825 werden dafür die bestehende Fördersystematik innovativ weiterentwickeln: durch mehr Mittel
2826 für Berlins Freie Szene, junge Sparten und hybride Kulturformen, eine Stärkung der
2827 Ankerinstitutionen und kulturellen Bildungsarbeit sowie eine bessere Repräsentanz der
2828 gesellschaftlichen Vielfalt – gerade auch in Jurys, Intendanten und Aufsichtsgremien. Das
2829 gilt auch für die freien Medien, deren Unabhängigkeit wir gegen alle Angriffe verteidigen.

2830 Eine demokratische Gesellschaft wird auch von ihrer Erinnerungskultur zusammengehalten: Wir
2831 halten das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus wach und wollen, dass das Erbe
2832 und die Orte der friedlichen Revolution im Berliner Stadtraum sichtbar werden. Für die
2833 überfällige Aufarbeitung und Erinnerung an die deutsche Kolonialvergangenheit werden wir in
2834 Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft die Dekolonisierung der Kultureinrichtungen und -
2835 förderung im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben.

2836 **Freiheit und Gleichheit sind universelle Werte – und Berlin ist ein sicherer Hafen**

2837 Wir sind glühende Verfechter*innen der europäischen Idee und der europäischen Einigung.
2838 Viele Entwicklungen in Europa verfolgen wir derzeit aber mit großer Sorge. Das Erstarken von
2839 rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften in Polen, Ungarn und anderen Ländern droht
2840 die Europäische Union insgesamt zu zerstören. Die LSBTIQ*-freien Zonen, die die rechte
2841 Regierung Polens vorantreibt, sind ein dramatisches Beispiel dieser Entwicklung. Wir
2842 arbeiten über unsere Städtepartnerschaften für die Rechte queerer Menschen in Polen und
2843 setzen uns im „Rainbow Cities Network“ in über 30 Städten auch auf lokaler Ebene für die
2844 Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein. Und Berlin soll ein sicherer Hafen für Menschen sein,
2845 die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder der Klimakrise fliehen mussten. Alle Menschen,
2846 die in Berlin ankommen, müssen eine Chance erhalten, sich hier ein Leben aufbauen zu können.
2847 Wir machen Berlin im Rahmen rechtlicher Möglichkeiten zu einer guten Heimat für all
2848 diejenigen, die in einer weltoffenen, demokratischen und solidarischen Stadt leben wollen.

2849 **5.1 Ein Berlin für alle: für Vielfalt, gegen** 2850 **Diskriminierung**

2851 Berlin ist offen. Offen für neues, offen für Vielfalt, offen für neue Berliner*innen.
2852 Anerkennung und Wertschätzung sind es, die Berlin zusammenhalten und zur Metropole machen.
2853 Diskriminierung und das Absprechen von gleichen Rechten zerstören diese lebenswichtige
2854 Solidarität. Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) hat Berlin als erstes
2855 Bundesland wirksamen Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen und die Rechte der
2856 Betroffenen gestärkt. Das LADG setzt bundesweit Impulse für eine vielfältige Gesellschaft
2857 und gegen Stigmatisierung. Gemeinsam mit dem ebenfalls in diesem Jahr eingeführten
2858 Diversity-Landesprogramm wird die Implementierung einer Kultur der Wertschätzung von

2859 Vielfalt in der Verwaltung vorangetrieben. Mit dem Landesamt für Einwanderung ist Berlin das
2860 erste Bundesland, das eine eigenständige Einwanderungsbehörde geschaffen und damit die
2861 Weichen in Richtung Weltoffenheit und Willkommenskultur gestellt hat.

2862 Auch in den nächsten Jahren wollen wir an unserer Vision eines vielfältigen Berlins
2863 arbeiten, in der jede*r frei, selbstbestimmt, ohne Diskriminierung und Gewalt leben kann.
2864 Wir möchten allen hier lebenden Menschen gleichberechtigt und ohne strukturelle
2865 Benachteiligungen ermöglichen, die Gesellschaft mitzugestalten: Berliner*innen der ersten
2866 bis x-ten Generation, Ein-Eltern-Familien, Familien mit mehr Eltern oder andere
2867 Verantwortungsgemeinschaften, sozial benachteiligte Familien, Menschen aller Geschlechter,
2868 Menschen mit oder ohne Behinderung, Gläubige aller Glaubensrichtungen oder Nichtgläubige,
2869 LSBTIQ*, Schwarze Menschen, People of Color, Sintize* und Romnja* ebenso wie Kinder,
2870 Jugendliche und alte Menschen. Die Voraussetzungen dafür sind ein umfassender Schutz vor
2871 Diskriminierung und rechtlich garantierte Chancen auf Teilhabe, gerechte Repräsentation und
2872 Mitgestaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen und staatlichen Institutionen.

2873 **Verwaltung und staatliche Institutionen für Diversität öffnen**

2874 Die Berliner Verwaltung wollen wir konsequent für die Diversität der Stadtgesellschaft
2875 öffnen und ihre Organisationsstrukturen diskriminierungskritisch weiterentwickeln.
2876 Teilhabehürden, institutioneller Rassismus und andere strukturelle Diskriminierung müssen
2877 identifiziert und abgebaut werden. Aufbauend auf dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG)
2878 wollen wir Aktivitäten für Vielfalt und Weltoffenheit und gegen Diskriminierung und
2879 Extremismus in der Berliner Verwaltung umsetzen und das Berliner Diversity Landesprogramm
2880 stetig fortentwickeln. Wir wollen in den Fokus nehmen, wenn Menschen gleich aus mehreren
2881 Gründen Diskriminierungserfahrungen machen.

2882 In der Verwaltung der Stadt muss sich auch die Stadtgesellschaft abbilden: Diversität ist
2883 die Stärke und der Reichtum Berlins. Dafür wollen wir die gerechte Repräsentation von
2884 strukturell benachteiligten, insbesondere von rassistischen und antisemitischen
2885 Zuschreibungen betroffenen Gruppen in der Verwaltung erreichen und konsequent die
2886 Repräsentanz von Schwarzen Menschen und People of Color bzw. Menschen mit Rassismuserfahrung
2887 durch positive Maßnahmen im öffentlichen Dienst fördern. Dabei streben wir eine Repräsentanz
2888 entsprechend der Bevölkerung an und gehen aktiv auf die Stadtgesellschaft zu, um die
2889 Berliner Verwaltung als Arbeitgeberin zu bewerben. Dabei machen wir uns eine intersektionale
2890 Perspektive zu eigen, das heißt: insbesondere auf die Förderung von Menschen zu achten, die
2891 in mehrfacher Hinsicht diskriminiert werden – beispielsweise durch Sexismus,
2892 Behindertenfeindlichkeit oder LSBTIQ*-Feindlichkeit. Auch die deutsche oder EU-
2893 Staatsbürger*innenschaft darf nur in Berufen als Voraussetzung verlangt werden, in denen
2894 dies absolut notwendig ist.

2895 **Zivilgesellschaft fördern und einbeziehen**

2896 Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir in ihrer Arbeit zum Abbau von
2897 Diskriminierungen in der Stadt weiter unterstützen, das „Landesprogramm für Demokratie,
2898 Vielfalt. Respekt.“ weiter ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen
2899 stabilen Rechtsrahmen und eine stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft schaffen.

2900 Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Die Grundrechte gelten für alle. Wir erleben aber,
2901 dass die Realität staatlichen Handelns nicht immer diesen Idealen entspricht. Deshalb wollen
2902 wir eine parlamentarische Enquete-Kommission für die Dauer der nächsten Legislaturperiode
2903 einsetzen. Diese wird von allen Fraktionen mit Sachverständigen und Abgeordneten besetzt, um
2904 systematisch Informationen aufzubereiten, auf deren Grundlage eine gut informierte
2905 politische Entscheidung getroffen werden kann. Ziel ist, Diskriminierung und Rassismus, die
2906 von der Berliner Verwaltung und den Sicherheitsbehörden ausgehen, systematisch zu erfassen,

2907 Gegenstrategien zu entwickeln und diese gegebenenfalls mit den Maßnahmen im Diversity-
 2908 Landesprogramm zu verzahnen. Wir wollen rechtsextreme und diskriminierende Strukturen in
 2909 Berliner Verwaltung und Sicherheitsbehörden identifizieren, die Racial Profiling, Rassismus,
 2910 Antisemitismus, Transfeindlichkeit und andere Formen der gruppenbezogenen
 2911 Menschenfeindlichkeit befördern. Bei der Untersuchung soll es aber nicht bleiben: Die
 2912 Kommission soll institutionelle und zivilgesellschaftliche Handlungsempfehlungen erarbeiten,
 2913 um diskriminierende Strukturen abzubauen. Ausbildung, interne und externe Regeln und
 2914 behördliche Organisationsstruktur wollen wir in den Sicherheitsbehörden und der Justiz
 2915 untersuchen und anhand dieser Ergebnisse weiterentwickeln, das gilt besonders für die
 2916 Ausbildung angehender Polizist*innen und Jurist*innen. Uns ist es wichtig, explizit die
 2917 Perspektiven und Expertisen von Menschen, die von Racial Profiling betroffen sind – u. a.
 2918 Schwarze Menschen, als türkei- und arabischstämmig wahrgenommene Menschen, Sintize* und
 2919 Romnja* –, bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen einzubeziehen.

2920 **Einbürgerung erleichtern und Wahlrecht ermöglichen**

2921 Zu einer pluralen Gesellschaft gehört es auch, dass politische Partizipation auf Augenhöhe
 2922 und unabhängig von der Staatsangehörigkeit möglich sein muss. Dies wollen wir ermöglichen
 2923 und gleichzeitig auch die Hürden zur Einbürgerung senken. Einbürgerungen wollen wir in allen
 2924 Bezirken einheitlich und im Sinne der Einbürgerung gestalten; für Menschen, die seit Jahren
 2925 hier leben, dürfen weder Sprachtests noch Transferleistungsbezug ein Ausschlusskriterium
 2926 sein. Wer in Berlin gemeldet ist, soll hier auch wählen dürfen: Wir werden weiterhin auch
 2927 auf der Bundesebene dafür kämpfen, dass das kommunale Wahlrecht und das Landeswahlrecht auf
 2928 alle ausgeweitet wird, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben. Damit schaffen wir eine
 2929 weitere wichtige Grundlage für unsere Migrationsgesellschaft.

2930 **Religiöse und weltanschauliche Vielfalt stärken**

2931 Zur Vielfalt Berlins gehört auch die religiöse und weltanschauliche Vielfalt.
 2932 Gemeindezentren sind häufig wichtige soziokulturelle Orte im Kiez, Anlaufstellen für
 2933 Menschen mit sozialen Problemen oder Beratungsbedarf, Orte der Vernetzung für Engagierte,
 2934 Sprachrohre für lokale Anliegen. Durch die rasant gestiegenen Mieten sind allerdings gerade
 2935 viele Moscheegemeinden und kleinere Gemeinschaften, die nicht von der Kirchensteuer
 2936 profitieren, zum Umzug gezwungen. Gleichzeitig werden neue Stadtquartiere geplant, ohne dass
 2937 dieser Aspekt des sozialen Zusammenhalts mitgedacht wird. Wir setzen uns für die Entstehung
 2938 von Gemeinwesenzentren ein, die grundsätzlich allen offenstehen und zu gleichen Bedingungen
 2939 genutzt und gemietet werden können. Wir wollen sie als soziokulturelle Orte im Kiez stärken
 2940 und ihren Bestand sichern. Dafür wollen wir Gewerbemieten deckeln und bezirkliche
 2941 Vorkaufsrechte wo möglich auch für religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften ausüben.
 2942 Beispielsweise sollen Ausbau- und Umbaumaßnahmen von Moscheegemeinden, Cem-Häuser, Synagogen
 2943 und Kirchengemeinden, die ihre Räumlichkeiten für Veranstaltungen oder Angebote für den Kiez
 2944 öffnen, gefördert werden.

2945 Wir stehen zur Religionsfreiheit in all ihren Dimensionen. Aber es gibt einige Sonderrechte
 2946 für anerkannte Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, wo wir dringenden Reformbedarf
 2947 sehen. So wollen wir mit den christlichen Kirchen auf der Grundlage der bundespolitischen
 2948 Rahmengesetzgebung so rasch wie möglich in konkrete Verhandlungen über die Ablösung der
 2949 historischen Staatsleistungen treten.

2950 **5.2 Ungleichheit zwischen Geschlechtern beenden – die 2951 Hälfte der Macht den Frauen**

2952 Politik von und für Frauen gehört seit 40 Jahren zu unserer grünen DNA. Und unser Engagement
 2953 trägt Früchte: In Berlins landeseigenen Unternehmen sind über die Hälfte der Aufsichtsrats-
 2954 und Vorstandspositionen mittlerweile in Frauenhand. Damit führen wir im bundesweiten

2955 Vergleich. Im Berliner Abgeordnetenhaus hingegen sind gerade mal ein Drittel aller 160
 2956 Abgeordneten Frauen. Wir Grüne sind stolz darauf, dass 60 Prozent unserer Abgeordneten
 2957 weiblich sind. Gemäß dem Grundsatz „die Hälfte der Macht den Frauen“ prüfen wir einen
 2958 verfassungskonformen Weg für ein Paritégesetz. Nur so erreichen wir langfristig eine faire,
 2959 geschlechtergerechte Politik.

2960 **Die Corona-Pandemie – eine Krise zu Lasten von Frauen**

2961 In der Corona-Krise haben wir erlebt, dass weibliche Expertise in Krisenstäben eine
 2962 Seltenheit war. Das führte dazu, dass die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen in den
 2963 Hintergrund rückten, während häusliche Gewalt in Berlin um 30 Prozent anstieg, während
 2964 Schulen und Kitas monatelang geschlossen waren, während Care- und Bildungsarbeit in weiten
 2965 Teilen privatisiert wurden und stillschweigend auf den „To-do-Listen“ von Frauen landeten.
 2966 Uns hat das darin bestärkt, weiterhin lautstark paritätische und diverse Besetzungen für
 2967 Krisenstäbe und alle anderen Gremien zu fordern.

2968 **Eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Berlin**

2969 Berlin ist das erste Bundesland, das mit der Einführung von Gender-Budgeting in Senats- und
 2970 Bezirksverwaltungen begonnen hat. Wir haben dem trägen Gender-Budgeting-Prozess in Senats-
 2971 und Bezirksverwaltungen durch einen Haushaltsbeschluss einen neuen Impuls gegeben und
 2972 konnten erste Fortschritte erzielen. Um die Umsetzung weiter voranzutreiben, werden wir uns
 2973 für ein Gender-Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung einsetzen. Auch mit der Gründung
 2974 der Unternehmerinnenakademie und dem Landesantidiskriminierungsgesetz sind wir wichtige
 2975 Schritte gegangen, um Frauen zu stärken. Um systematisch in allen Themen Politik für Frauen
 2976 machen zu können, wollen wir nun mit allen Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und
 2977 ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen. Die Strategie soll
 2978 intersektional wirken, das bedeutet, dass wir Mehrfachdiskriminierungen, etwa durch
 2979 Rassismus oder Queerfeindlichkeit, stets mitdenken. Außerdem wollen wir eine
 2980 Gesetzesfolgenabschätzung einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt. Unser
 2981 Ziel ist eine emanzipatorische Verwaltung. Um das zu erreichen, werden wir die
 2982 Mitarbeiter*innen entsprechend schulen.

2983 **Gewaltfrei und gleichberechtigt in Berlin leben**

2984 Frauen und Kinder sind häufiger Opfer physischer und psychischer Gewalt. Besonders lesbische
 2985 Frauen, Muslimas, obdachlose Frauen, Frauen mit Behinderung, Trans*, Inter*, Schwarze Frauen
 2986 und Women of Color sind Gewalt ausgesetzt, was sowohl unmittelbare als auch langfristige
 2987 Folgen für deren Gesundheit hat.

2988 Wir haben in den letzten Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und sind stolz,
 2989 dass wir das siebte Berliner Frauenhaus eröffnen konnten. Die Schutzplätze reichen für eine
 2990 Stadt wie Berlin nicht aus, darum fordern wir ein achttes Frauenhaus. Auch die Beratung von
 2991 Betroffenen haben wir ausgebaut, um Online-Angebote erweitert und die Anti-Stalking-
 2992 Beratungsstellen finanziell besser ausgestattet. Jetzt wollen wir zusätzlich besonders
 2993 vulnerable Gruppen, wie zum Beispiel Geflüchtete, Wohnungs- und Obdachlose, und andere
 2994 (mehrfach) marginalisierte Frauen und nichtbinäre Personen gezielt durch innovative
 2995 Wohnformen und Projekte mit intersektional angelegter Beratung unterstützen.

2996 Berlins große Landesunternehmen sind mit gutem Beispiel vorangegangen und haben Leitlinien
 2997 gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verabschiedet. Wir haben dafür
 2998 gesorgt, dass sexistische und diskriminierende Werbung auf landeseigenen Werbeflächen
 2999 ausgeschlossen wird. Um sie auch auf privaten Flächen zu vermeiden, haben wir ein
 3000 Expert*innengremium eingesetzt, das bei Beschwerden Handlungsempfehlungen ausspricht und für
 3001 das Thema sensibilisiert.

3002 Für Frauen, die selbst oder deren Töchter von Genitalverstümmelung betroffen oder bedroht
3003 sind, wollen wir das Beratungs- und Behandlungsangebot weiter ausbauen und durch
3004 Bildungsangebote auch für Männer die Prävention stärken.

3005 Wir wollen ein Berlin schaffen, in dem Frauen und nichtbinäre Personen nicht mehr von
3006 physischer, psychischer und digitaler Gewalt betroffen sind. Der erste Schritt ist, Gewalt
3007 gegen Frauen als solche zu kennzeichnen. Um das Ausmaß des Problems zu verdeutlichen, wollen
3008 wir die Kategorie „geschlechtsbezogene Gewalt“ in die Polizeikriminalstatistik aufnehmen.
3009 Mit einer umfassenden Studie wollen wir Frauenfeindlichkeit in Berlin untersuchen, um mit
3010 den Ergebnissen langfristige Maßnahmen gegen misogynen Gewalt zu entwickeln. Gleichzeitig
3011 arbeiten wir daran, die Bandbreite von niedrigschwelligen mehrsprachigen Beratungsangeboten,
3012 Frauenhäusern und Zufluchtwohnungen stetig auszuweiten und die Vorgaben der Istanbul-
3013 Konvention konsequent umzusetzen. Polizist*innen, Staatsanwält*innen und Richter*innen
3014 wollen wir gezielt für das Thema sensibilisieren und dafür weiterbilden.

3015 **Selbstbestimmte Sexarbeit ermöglichen. Zwangsprostitution bekämpfen.**

3016 Wir setzen uns dafür ein, dass Sexarbeit in Berlin stärker als bisher selbstbestimmt, sicher
3017 und unter guten Arbeitsbedingungen stattfinden kann. Hierfür wollen wir die Einstiegs- und
3018 Umstiegsberatung und mehrsprachige Kontaktstellen ausbauen sowie bei der Gesundheitsberatung
3019 und -versorgung nachbessern. Essentiell ist, dass hierbei die Expertise und die Erfahrungen
3020 von Sexarbeiter*innen einbezogen werden. Mit Blick auf bekannte Straßenstriche ist es
3021 unerlässlich, auch die Perspektiven von Anwohner*innen zu berücksichtigen. Der von uns unter
3022 rot-rot-grün einberufene Runde Tisch Sexarbeit hat ein Handlungskonzept vorgelegt, dessen
3023 Umsetzung wir weiter vorantreiben, evaluieren und nach Bedarf anpassen wollen.

3024 Es gibt Überschneidungen zwischen Sexarbeit als selbstbestimmter Tätigkeit und sexueller
3025 Ausbeutung als Teil der organisierten Kriminalität. In den letzten Jahren haben wir die
3026 Bekämpfung dieser organisierten Kriminalität im Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung und
3027 Zwangsprostitution ausgeweitet und werden dies fortsetzen. Schutzprogramme für
3028 Aussteiger*innen, die vor Gericht aussagen, wollen wir weiter ausbauen. Hierbei ist ein
3029 sicheres Bleiberecht für alle Betroffenen von Menschenhandel zwingend nötig.

3030 **Gesundheit – endlich geschlechtergerecht**

3031 Die Gesundheitsversorgung von Frauen und nicht-binären Personen werden wir verbessern. Dazu
3032 gehört, das Angebot an Frauenärzt*innen in allen Bezirken zu sichern und den Zugang zu
3033 sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu ermöglichen, gerade in Krisenzeiten. Gleichzeitig
3034 haben wir die Bedingungen für sichere und gute Geburten verbessert, indem wir in Kreißsäle
3035 investiert haben, indem wir die Ausbildungskapazitäten für Hebammen erhöht haben und mit
3036 einer digitalen Plattform die Hebammensuche erleichtern.

3037 Wir wollen gendersensible Sexualaufklärung, -beratung und Gesundheitsvorsorge und werden den
3038 Zugang zu Reproduktionsmedizin und Familienplanung insbesondere für gleichgeschlechtliche
3039 Paare und Singles ausbauen. Dazu wollen wir genderbezogene Gesundheitsforschung stärken und
3040 gezielt sowohl cis- als auch trans*-Frauen, nicht-binäre Personen und queere Personen in der
3041 medizinischen Aus- und Weiterbildung fördern. Für Gynäkolog*innen und andere Heilberufe
3042 wollen wir entsprechende Schulungen ausbauen, um sie für gesundheitliche Fragen von cis- wie
3043 von trans*-Frauen sowie für spezifische Fragen zur lesbischen Gesundheit zu sensibilisieren.

3044 **Auftrag an die Bundesregierung**

3045 Ein großes Hindernis auf dem Weg zum freien und selbstbestimmten Leben für alle Geschlechter
3046 bleibt die ungleiche Aufteilung von Care-Arbeit zu Lasten von Frauen – mit dem ungerechten
3047 Effekt der starken Lohn- und Rentenungleichheit zwischen Männern und Frauen. Gegen den

3048 Gender Care Gap und den Gender Pay Gap, für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz und das Ende
3049 des Ehegattensplittings kämpfen wir auf Bundesebene.

3050 **5.3 Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt**

3051 Wir wollen, dass Berlin die Stadt wird, in der alle Menschen ihr Leben frei und
3052 selbstbestimmt verwirklichen können. Niemand darf wegen der sexuellen Orientierung, der
3053 sexuellen oder Geschlechtsidentität, wegen des Geschlechtsausdrucks oder vielfältiger
3054 Geschlechtsmerkmale ausgegrenzt oder diskriminiert werden. Wir akzeptieren dies genauso
3055 wenig wie Diskriminierung aufgrund des sozialen Status, der Hautfarbe, des Glaubens oder der
3056 Herkunft. Besonders wichtig ist dies, wenn Menschen mehrfach diskriminiert werden, zum
3057 Beispiel Schwarze oder muslimische queere Menschen. Für uns ist klar, queer geht nicht ohne
3058 Feminismus und Queer-Feminismus nicht ohne Kampf gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung –
3059 unsere Queerpolitik ist „intersektional“.

3060 **Queere Infrastruktur in ganz Berlin sichern**

3061 Wir haben die ganze Stadt im Blick und wollen, dass es in allen Bezirken queere
3062 Infrastruktur gibt. Wir haben in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass Angebote
3063 dazugekommen sind, sei es das erste queere Jugendzentrum, generationenübergreifende Wohn-
3064 und Pflege-Gemeinschaften, die Fachstelle queere Bildung oder seit 2018 der Preis für
3065 lesbische* Sichtbarkeit zur Würdigung des Schaffens von Lesben für Berlin. Diese
3066 Infrastruktur werden wir weiter ausbauen. Wir brauchen Anlaufstellen, soziale Treffpunkte
3067 und Beratungsstellen für queere Menschen, insbesondere Jugendliche, Ältere und mehrfach
3068 diskriminierte Gruppen wie Geflüchtete. Gleichzeitig müssen die Bedürfnisse von LSBTIQ* in
3069 allen Einrichtungen mitgedacht werden. Egal ob Familienzentrum, Senior*innenheim oder
3070 Jugendclub – wir wollen, dass es Angebote für LSBTIQ* gibt. Einrichtungen vor Verdrängung zu
3071 schützen, ist dabei eine zentrale Aufgabe.

3072 **Wir stärken Initiativen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt**

3073 Leider ist unsere Stadt nicht so liberal, wie es oft scheint. Auch hier werden Menschen
3074 aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität ausgegrenzt,
3075 diskriminiert und tötlich angegriffen. Wir sagen Diskriminierung und Gewalt den Kampf an.
3076 Wir haben eine Krisen- und Zufluchtswohnung eingerichtet, in der LSBTIQ* in akuten
3077 Bedrohungssituationen eine anonyme, temporäre Unterbringung finden können. Der bisherigen
3078 Initiative Sexuelle Vielfalt haben wir neuen Schwung verliehen und sie zur „Initiative
3079 Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV) erweitert.

3080 Durch einen ressortübergreifenden Maßnahmenplan, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen,
3081 schwulen, bi-, trans*- und inter*-Communities erarbeitet, entsteht nun eine dauerhafte
3082 Struktur für Akzeptanzarbeit für LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele
3083 Gruppen, Vereine und Aktivist*innen zu Wort kommen. Diese Arbeit werden wir fortsetzen. Die
3084 Bezirke spielen in der Umsetzung eine wichtige Rolle, insbesondere die Außenbezirke sollen
3085 gestärkt werden, denn Zugang zu Beratungs- und Unterstützungsstrukturen darf nicht vom
3086 Wohnort abhängen. Wir haben verankert, dass jeder Bezirk eine Ansprechperson für LSBTIQ*-
3087 Angelegenheiten benennt, die als Schnittstelle zwischen Senatsverwaltung, Bezirk und
3088 Akteur*innen fungiert. Auch an Kitas und Schulen muss geschlechtliche und sexuelle Vielfalt
3089 stärker gelebt werden können. Hierbei brauchen sie Unterstützung. Wir unterstützen die
3090 „Fachstelle queere Bildung“, die Initiative „Schule in Vielfalt“ und die Vielfaltsbroschüre
3091 für Kita-Fachkräfte der zuständigen Senatsverwaltung.

3092 **Lesbische Sichtbarkeit stärken**

3093 In der Koalition haben wir das Ziel vorgegeben, die öffentliche Aufmerksamkeit für Lesben,
3094 lesbisches Leben und lesbische Belange in Berlin zu erhöhen. Zudem werden wir eine

3095 wissenschaftliche Aufarbeitung des Sorgerechtsentzugs in Berlin in Auftrag geben. Noch bis
 3096 Ende der 1990er Jahre wurden vielen Frauen ihre Kinder gerichtlich entzogen, wenn sie eine
 3097 lesbische Beziehung führten. Dieses Unrecht ist bisher kaum bekannt. Wir wollen dieses
 3098 dunkle Kapitel der jüngeren Geschichte aufarbeiten.

3099 **Die Bundesregierung muss handeln – wir nutzen jeden Spielraum in Berlin**

3100 Viele nötige Gesetzesänderungen können nur auf Bundesebene umgesetzt werden. Darum haben wir
 3101 eine Bundesratsinitiative zur Erweiterung des Art. 3 Grundgesetz um das Merkmal der
 3102 sexuellen Identität gestartet. Wir wollen, dass trans*, inter* und nicht-binäre Menschen
 3103 ihren Vornamen und ihren Geschlechtseintrag möglichst einfach anpassen und ändern können.
 3104 Momentan gibt es hohe bürokratische Auflagen, die auf Bundesebene abgebaut werden müssen.

3105 Solange sich das nicht ändert, wollen wir, dass Berlin schon in den Bereichen vorangeht, in
 3106 denen das Land Gestaltungsspielraum hat. In Schulen und staatlichen Hochschulen wollen wir
 3107 die selbstbestimmte Namensänderung und die Änderung des Geschlechtseintrages ermöglichen.
 3108 Wir setzen uns dafür ein, dass der Personenstand „divers“ konsequent und gleichberechtigt in
 3109 allen öffentlichen Einrichtungen und der Berliner Verwaltung berücksichtigt wird, inklusive
 3110 der Anpassung aller Formulare.

3111 **Queere Rechte in Europa und weltweit**

3112 Wir stehen für die Rechte queerer Menschen ein – in Berlin und weltweit. Queer-Feindlichkeit
 3113 verstößt gegen die Menschenrechte. Berlin und die Bezirke haben ein breites
 3114 Städtepartnerschaftsnetzwerk. Als Regenbogenhauptstadt hat Berlin die Verantwortung, auch
 3115 gegenüber den Partnerstädten für queere Rechte und Gleichstellung einzutreten. Die LSBTIQ*-
 3116 freien Zonen in Polen und anderen Ländern sind Menschenrechtsverletzungen und müssen
 3117 aufgelöst werden. Über das „Rainbow Cities Network“ setzen wir uns im Ausland in über 30
 3118 Städten auch auf lokaler Ebene für die Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein.

3119 **5.4 Freiheit schützen und bewahren**

3120 Berlin ist eine Stadt der Freiheit. Hier leben Menschen mit den unterschiedlichsten
 3121 Biographien, Identitäten, Zielen und Träumen. Allen Berliner*innen ist gemeinsam, dass sie
 3122 selbstbestimmt ihre Freiheit genießen wollen. Das gelingt nur, wenn alle sich sicher sein
 3123 können, dass ihre Rechte und ihre Würde geachtet werden – von den anderen genauso wie von
 3124 staatlichen Stellen. Ohne ein Grundgefühl von Sicherheit ist das schwer möglich, denn Angst
 3125 hemmt die Freiheit. Es ist deswegen unser Ziel, Sicherheit zu schaffen, ohne Freiheit zu
 3126 beschränken. Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil: Wer Sicherheit nur durch Maßnahmen
 3127 erreichen will, die Rechte und Freiheit schmälern, hat das Ziel der offenen Gesellschaft und
 3128 des Rechtsstaates aufgegeben.

3129 Mit einem großen Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir die größte innenpolitische Reform
 3130 in Berlin seit Jahrzehnten umgesetzt und eine*n unabhängige*n Polizei- und
 3131 Bürger*innenbeauftragte*n eingeführt. Das ist ein großer Erfolg. Uns ist gelungen, woran
 3132 andere Bundesländer gescheitert sind. Häufig waren dortige Änderungen an den
 3133 Sicherheitsgesetzen zu Recht begleitet von heftigen Protesten, nicht so in Berlin. Mit der
 3134 Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir Befugnisse zur Abwehr
 3135 terroristischer Straftaten oder ähnlich schwerer Verbrechen neu in das Gesetz aufgenommen.
 3136 Die Veröffentlichung kriminalitätsbelasteter Orte, an denen ohne Verdacht kontrolliert
 3137 werden kann, haben wir gesetzlich geregelt, genau wie die individuelle Kennzeichnung von
 3138 Beamte*innen. So ist auch Fehlverhalten von Polizist*innen leichter aufzuklären. Der Einsatz
 3139 von Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittler*innen muss in der Regel nun durch ein
 3140 Gericht angeordnet werden. Wir haben die Bürger*innenrechte gestärkt und gleichzeitig dem
 3141 Bedürfnis der Berliner*innen nach mehr Sicherheit Rechnung getragen. Diesen Weg gehen wir
 3142 weiter.

3143 **Prävention ist der beste Weg**

3144 Die beste Form der Kriminalitätsbekämpfung wirkt, bevor eine Straftat begangen wird. Wir
 3145 wollen Instrumente der Prävention deshalb weiter stärken. Aufklärungs- und Beratungsangebote
 3146 sind dabei genauso wichtig wie die enge und klar strukturierte Zusammenarbeit von
 3147 Ordnungsämtern und Polizei mit Jugendämtern oder Sozialämtern. Prävention bedeutet für uns
 3148 nicht Überwachung und Kontrolle, um zu verhindern, dass Delikte begangen werden. Uns geht es
 3149 darum, gesellschaftliche Konfliktlagen zu entschärfen, bevor sie entstehen, möglichen
 3150 Täter*innen Alternativen zu bieten und frühzeitig Grenzen aufzuzeigen, um sie von einer
 3151 kriminellen Karriere abzubringen.

3152 **Polizei vor Ort stärken**

3153 Die Berliner Polizei muss ansprechbar, erreichbar und vor Ort sein. Präsenz und Nähe
 3154 schaffen Transparenz und Vertrauen. Wir wollen Mobile Wachen und Brennpunktstreifen weiter
 3155 ausbauen, um vor Ort Konflikte zu lösen und Kriminalität verhindern zu können. In enger
 3156 Kooperation mit sozialer Arbeit, Präventionsträgern und Zivilgesellschaft kann so verhindert
 3157 werden, dass Orte zu Angsträumen und Kriminalitätsschwerpunkten werden. Wir haben die
 3158 Fahrradstaffel mit dem Ziel, sie auf die gesamte Stadt auszuweiten, deutlich ausgebaut. Wir
 3159 wollen noch mehr Polizist*innen auf Fahrrädern, um alle Verkehrsteilnehmer*innen auf
 3160 Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit auf Berlins Straßen zu sorgen.

3161 **Die Berliner Polizei muss so divers sein wie unsere Stadt**

3162 Vielfältig, tolerant, offen, freiheitlich – das sind Attribute, die nicht nur auf Berlin
 3163 zutreffen, sondern auch die Berliner Polizei beschreiben müssen. Um das zu erreichen, werden
 3164 wir die Polizei jünger, weiblicher und diverser machen. Wir werden intensiv um Menschen
 3165 werben, die bisher in der Polizei keine Berufsperspektive für sich sehen. Wir werden die
 3166 Kompetenzen in diversitätssensibler Kommunikation stärken, in der Aus- und Fortbildung
 3167 ebenso wie im Polizeialltag durch Supervision. Diskriminierung und rassistische Tendenzen in
 3168 der Polizei werden wir untersuchen und mit allen Mitteln bekämpfen – sie haben in Berlin
 3169 keinen Platz.

3170 **Handeln zählt**

3171 Diskriminierung und Racial Profiling dürfen kein Mittel der Polizeiarbeit sein. Wenn
 3172 Kontrollen und andere Maßnahmen an der vermeintlichen Herkunft, Sprache, am Glauben oder an
 3173 sexueller Orientierung anknüpfen, läuft etwas doppelt falsch: Grundrechte werden missachtet
 3174 und effektive Kriminalitätsbekämpfung wird verhindert – denn keine dieser Kategorien hat
 3175 etwas mit Kriminalität zu tun. Polizeiliches Handeln muss sich nach dem Handeln der
 3176 Verdächtigen richten, deswegen lehnen wir verdachtsunabhängige Kontrollen ebenso ab wie
 3177 Verdächtigungen aufgrund des Erscheinungsbildes oder persönlicher Eigenschaften.

3178 Wer Ziel einer polizeilichen Maßnahme wird, etwa einer Personenkontrolle, fühlt sich oft
 3179 bedrängt und unter unberechtigtem Verdacht. Wir wollen unbürokratische Nachweispflichten
 3180 einführen, so dass jede*r weiß, warum er*sie beispielsweise kontrolliert wurde und welche
 3181 Rechtsschutzmöglichkeiten es gibt. Die kritische Aufarbeitung des Fehlverhaltens einzelner
 3182 Polizist*innen schafft Vertrauen und stärkt die Arbeit der gesamten Polizei.

3183 Die Ermittlungen rund um die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln werden wir genau
 3184 untersuchen und dazu direkt nach dem Beginn der neuen Legislaturperiode einen
 3185 parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen.

3186 **Sicherheitsbehörden stärken**

3187 Wir erwarten von unserer Polizei und Feuerwehr gute Arbeit. Dafür sind wir ihnen aber auch
 3188 die richtigen Bedingungen schuldig. Wir haben die Arbeitsbedingungen bereits durch

3189 Neueinstellungen verbessert und viele profitieren von höherer Bezahlung. Die Arbeitszeiten
3190 werden wir familienfreundlicher machen, die Gesundheit der Beamt*innen besser schützen,
3191 Millionen von Überstunden abbauen und die Ausstattung verbessern. Und natürlich werden wir
3192 Polizist*innen und Feuerwehrleuten, die im Dienst angegriffen werden, unsere Unterstützung
3193 geben.

3194 **Keine Grundrechtseingriffe auf Vorrat**

3195 Der Tendenz der letzten Jahre und Jahrzehnte im Bund und in den meisten Bundesländern, immer
3196 weitere Kompetenzen der Sicherheitsbehörden auf immer schwammigerer rechtlicher Grundlage zu
3197 schaffen, erteilen wir eine klare Absage. Sicherheit entsteht nicht durch Überwachung und
3198 Vorratsdatenspeicherung auf Kosten der Freiheit und Privatsphäre aller. Die
3199 Sicherheitsbehörden brauchen effektive und wirksame Mittel im Kampf gegen Verbrechen und
3200 Terrorismus, aber diese müssen klar definiert und an entsprechende Verdachtsmomente gebunden
3201 sein. Weitreichende Überwachungs- und Eingriffsrechte führen nicht zu Sicherheit, sondern
3202 zerstören das lebenswichtige Vertrauen in staatliche Institutionen.

3203 Wir brauchen ein funktionierendes Frühwarnsystem gegenüber Verfassungsfeinden,
3204 staatszersetzenden und demokratiegefährdenden extremistischen Personen und Strukturen.
3205 Dieses benötigt eine hohe demokratische Legitimation und parlamentarische Kontrolle. Der
3206 Berliner Verfassungsschutz musste sich in den letzten Jahren zwar wichtigen zusätzlichen
3207 Herausforderungen stellen, konnte beim islamistischen Terroranschlag auf dem
3208 Breitscheidplatz und in der rechtsextremen Neuköllner Anschlagsserie aber nicht überzeugen
3209 und hat so weiter an Vertrauen verloren. Um eine Alternative für diesen Verfassungsschutz zu
3210 schaffen, setzen wir auf eine wissenschaftliche Evaluation der bundesweiten
3211 Sicherheitsarchitektur. So lange lehnen wir zusätzliche Befugnisse oder Mittel für den
3212 Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form ab.

3213 **5.5 Wir setzen auf den Rechtsstaat**

3214 Der Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer offenen Gesellschaft und unserer Freiheit. Alle
3215 Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können und ohne Willkür und Diskriminierung
3216 behandelt werden. Dafür brauchen wir eine unabhängige, starke und moderne Justiz. In den
3217 vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in großen Schritten besser aufgestellt.
3218 Erstmals seit vielen Jahren ist im Allgemeinen Vollzugsdienst die Soll-Personalstärke wieder
3219 erreicht. Nach jahrzehntelangem Stillstand haben wir ein Raumkonzept erarbeitet und mit
3220 dessen Umsetzung begonnen: Mit dem Kathreiner-Haus am Kleistpark hat die Berliner Justiz –
3221 erstmals seit 2005 – wieder ein zusätzliches Gerichtsgebäude erhalten, in das das
3222 Verwaltungsgericht einziehen soll. Mit einem umfassenden Sanierungsprogramm haben wir
3223 insbesondere die Justizvollzugsanstalten in Tegel und Moabit grundsaniert. Wir sind dabei,
3224 Richter*innen mit mobilen Arbeitsgeräten auszustatten, haben für den Jugendarrest eine
3225 gesetzliche Grundlage erarbeitet und die alte Jugendarrestanstalt saniert. Es ist viel
3226 geschafft, um die Berliner Justiz besser aufzustellen. Und noch viel haben wir vor.

3227 **Organisierte Kriminalität bekämpfen**

3228 Organisierte Kriminalität sorgt für schwere Schäden, untergräbt die Gesellschaft und schadet
3229 der Wirtschaft. Deshalb haben wir eine neue Spezialabteilung bei der Berliner
3230 Staatsanwaltschaft gegründet, die der organisierten Kriminalität den Geldhahn zudreht, indem
3231 die gesetzlichen Möglichkeiten der Einziehung von Vermögen voll ausgeschöpft werden.
3232 Mithilfe einer besseren Schulung und Ausstattung der Polizei und enger Kooperation mit
3233 anderen Bundesländern und europäischen Partner*innen werden wir weiter konsequent gegen
3234 organisierte Kriminalität vorgehen. Um Geldwäsche einzudämmen, haben wir eine Taskforce zur
3235 intensiveren Überwachung der Pflichten der Notar*innen eingerichtet. Den eingeschlagenen
3236 Weg, das Vermögen aus der organisierten Kriminalität einzuziehen, wollen wir weitergehen und

3237 wo möglich dafür nutzen, Opfergruppen zu unterstützen. Diese Arbeit wollen wir weiter
3238 stärken.

3239 **Wirtschafts- und Umweltkriminalität stoppen**

3240 Wirtschaftskriminalität ist Teil der organisierten Kriminalität und auch ihre Bekämpfung
3241 wollen wir weiter voranbringen. Im Alltag wird diese Kriminalität fälschlicherweise nicht
3242 als direkte Bedrohung wahrgenommen, sie bedeutet aber Gewinne für die Täter*innen zum
3243 immensen Schaden der Allgemeinheit. Wir wollen den Verfolgungsdruck konsequent erhöhen – die
3244 Erfahrung zeigt, dass hier mit relativ wenig Mitteln große Erfolge erzielt werden können.
3245 Deswegen wollen wir die entsprechenden Abteilungen der Polizei stärken und durch einen
3246 Ausbau der Steuerfahndung verhindern, dass sich einige wenige zu Lasten aller bereichern.
3247 Bei der Bekämpfung der Lebensmittelkriminalität, zum Beispiel der Fälschung von vermeintlich
3248 hochwertigem Olivenöl, hat sich Berlin in den vergangenen Jahren an die Spitze der
3249 Bundesländer gesetzt und sich für eine bessere Zusammenarbeit der beteiligten Behörden
3250 eingesetzt, von der Lebensmittelüberwachung bis zum Zoll. Dies wollen wir weiter
3251 vorantreiben.

3252 **Opfer stärken**

3253 Rechts- und Sicherheitspolitik orientiert sich zu oft an Täter*innen. Wir wollen die Opfer
3254 stärker in den Blick nehmen. Nach dem islamistischen Anschlag auf dem Breitscheidplatz haben
3255 wir eine zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Terroranschlägen und deren Angehörige
3256 eingerichtet. Wir wollen die Beratungs- und Betreuungsangebote ausbauen und aktiv auf die
3257 Opfer von Straftaten zugehen, statt sie allzu oft alleinzulassen. Auch die psychosoziale
3258 Betreuung von Opfern muss weiter deutlich verbessert werden, damit traumatische Folgen
3259 möglichst verhindert werden. Der Täter-Opfer-Ausgleich soll in Zukunft eine wichtigere Rolle
3260 spielen. Um ausuferndem Hass und Hetze insbesondere im Internet entgegenzutreten, haben wir
3261 bei der Staatsanwaltschaft eine Zentralstelle Hasskriminalität gegründet und wollen in einem
3262 Modellprojekt eine digitale Gewaltschutzambulanz einrichten. Sie soll psychologische
3263 Unterstützung, technische Hilfe und Beratung beim Stellen einer Anzeige bieten.

3264 **Rechtsstaat braucht Richter*innen und Vollzugsbeamt*innen**

3265 In den letzten Jahren haben wir die Rahmenbedingungen für eine leistungsstarke und
3266 bürgernahe Justiz geschaffen. Aber noch sind wir nicht am Ziel. Ganz besonders liegt uns am
3267 Herzen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und familienfreundlicher zu machen,
3268 Quereinstiege und Wechsel zu erleichtern. So wollen wir ermöglichen, dass Anwält*innen mit
3269 spezifischer Fach Erfahrung bei einem Wechsel in die Justiz auch in dieser Fachmaterie
3270 eingesetzt werden können. Vorerfahrungszeiten wollen wir großzügig anrechnen. Im
3271 Justizvollzug werden wir den Gesundheitsschutz weiterentwickeln, um vor allem die negativen
3272 Folgen der Schichtarbeit abzumildern. Um für genug Nachwuchs zu sorgen, wollen wir die
3273 Jurist*innenausbildung reformieren. Auch die Förderung von Frauen werden wir weiter stärken:
3274 mit einem transparenten Bewertungssystem, Frauenvertretungen, paritätisch besetzten Gremien
3275 und Vorschlagslisten für den Richterwahlausschuss.

3276 Wir wollen, dass unsere Justiz so divers wird wie Berlin. Besonders bei den Richter*innen
3277 und Staatsanwält*innen haben wir noch einen langen Weg vor uns, bis die Richterbank so
3278 divers wie die Stadt ist. Daher wollen wir dies langfristig bei Einstellungen und
3279 Beförderungen ändern.

3280 **Rechtsstaat braucht Infrastruktur**

3281 Unsere Platz-Offensive für die Justiz werden wir fortsetzen. Den Justiz-Campus in Moabit
3282 wollen wir weiterentwickeln und ein 12. Amtsgericht in Marzahn-Hellersdorf einsetzen, damit
3283 die Justiz überall in Berlin einfach zu erreichen ist. Die vorhandenen Justizgebäude werden

3284 wir energetisch sanieren und den bereits begonnen Bau von Solaranlagen und
3285 Blockheizkraftwerk forcieren.

3286 **Digitalisierung voranbringen**

3287 Wir digitalisieren die Berliner Justiz. Der elektronische Rechtsverkehr und die
3288 elektronische Akte (E-Justice) sollen bis zum Jahr 2026 kommen. Die Mehrheit der Berliner
3289 Richter*innen wurde bereits mit mobilen Arbeitsgeräten ausgestattet, wir wollen, dass das
3290 künftig für alle möglich wird, die in Gerichten arbeiten. Dabei gilt: Sicherheit und
3291 Datenschutz stehen an oberster Stelle, kein Effizienzgewinn rechtfertigt die Beschränkung
3292 der Prozessgrundsätze.

3293 **Rechtsstaat für alle**

3294 Wer in unserer Stadt lebt, muss seine Rechte auch durchsetzen können. Es darf nicht sein,
3295 dass Armut, fehlende Bildung oder Diskriminierung dazu führen, dass Menschen nicht in vollem
3296 Umfang ihre Rechte kennen und wahrnehmen. Mit niedrigschwelligem Zugang zur Justiz und zu
3297 Beratungsangeboten sorgen wir dafür, dass das Recht wirklich für alle gleich ist!
3298 Möglichkeiten kollektiver Rechtsdurchsetzung wie das Verbandsklagerecht wollen wir
3299 ausweiten. Das Projekt „Wir im Rechtsstaat“, ein Rechtsbildungsprogramm für Geflüchtete,
3300 werden wir weiterführen.

3301 **Gefangene werden Nachbar*innen**

3302 Ein Rechtsstaat beweist sich ganz besonders darin, wie er mit Straffälligen umgeht.
3303 „Wegsperrern!“ kann niemals das Prinzip des Strafvollzugs sein. Strafvollzug soll dazu
3304 dienen, dass straffällig Gewordene nach ihrer Haft wieder voll in die Gesellschaft eintreten
3305 können und nicht rückfällig werden.

3306 Projekte wie „Arbeit statt Strafe“, bei dem Menschen gemeinnützige Arbeit verrichten, statt
3307 eine Freiheitsstrafe zu verbüßen, haben wir finanziell besser ausgestattet. Wo immer es zu
3308 verantworten ist, setzen wir auf offenen Vollzug, um den Weg zurück in die Gesellschaft zu
3309 erleichtern.

3310 Strafgefangene brauchen mehr Möglichkeiten zur Weiterbildung und eine bessere Betreuung vor
3311 und nach der Entlassung. Wir haben daher das bundesweit einzigartige Projekt
3312 „Resozialisierung durch Digitalisierung“ gestartet. In den kommenden Jahren werden alle
3313 Gefangenen, bei denen dies zu verantworten ist, Zugang zu Internet und E-Mail erhalten – um
3314 den Kontakt mit ihren Familien zu verbessern, digitale Bildungsangebote zu nutzen und sich
3315 am Ende der Haft um einen Job zu bewerben. Nur so funktioniert Resozialisierung und wird die
3316 „zweite Chance“ auch eine echte Chance.

3317 Im Bereich des Jugendstrafrechts und des Jugendstrafvollzugs stehen der Erziehungsgedanke
3318 und die Prävention für uns im Mittelpunkt. Jugendgerichte, Polizei und Jugendgerichtshilfe
3319 arbeiten bereits ortsbezogen. Daher war es nur konsequent, auch die Jugendstaatsanwaltschaft
3320 zu regionalisieren. Verfahrensabläufe „vor Ort“ zu vereinfachen und zu beschleunigen werden
3321 wir fortsetzen.

3322 **Strafrecht als „Ultima Ratio“**

3323 Strafrecht darf immer nur das letzte Mittel sein. Darum haben wir in den vergangenen Jahren
3324 Initiativen ergriffen, um zum Beispiel die Majestätsbeleidigung, das Informieren über
3325 Schwangerschaftsabbrüche und das Fahren ohne Fahrschein zu entkriminalisieren. Auch den
3326 Besitz von Cannabis wollen wir entkriminalisieren. Auch Elemente aus der NS-Zeit wollen wir
3327 endlich aus dem Strafgesetzbuch verbannen. All das muss auf Bundesebene geregelt werden –
3328 wir bleiben dran.

3329 **5.6 Demokratie braucht Engagement: Partizipation,** 3330 **Vielfalt und Transparenz stärken**

3331 Berlin ist seit Jahrzehnten ein Ort, an dem das Ringen um Demokratie eine ganz besondere
3332 Rolle spielt. Unzählige Ost-Berliner*innen haben 1989 mit ihrem Mut und mit ihrem Einstehen
3333 für demokratische Werte die Mauer zwischen Ost- und West-Teil der Stadt zum Einsturz
3334 gebracht und für alle Menschen in der Stadt die Demokratie erkämpft.

3335 Berlin war und bleibt ein Ort, an dem eine lebendige Zivilgesellschaft immer wieder
3336 Missstände benennt und dagegen aufsteht, an dem Demokratie gelebt und mit Engagement und
3337 Widerstandsgeist verbessert wird. Diese aktive Vielfalt ist – gemeinsam mit unserem
3338 Grundgesetz und unserer Landesverfassung – die Basis unseres demokratischen Zusammenlebens.
3339 Wir wollen sie schützen und fördern, denn ohne diese Grundlage gibt es auf Dauer kein Leben
3340 in Freiheit. Deshalb haben wir in dieser Wahlperiode die direkte Demokratie gestärkt, indem
3341 wir das Abstimmungsgesetz geändert und dadurch die Durchführung von Volksinitiativen,
3342 Volksbegehren und Volksentscheiden erleichtert haben. Dadurch wurde mehr Mitbestimmung für
3343 die Berliner*innen möglich.

3344 **Demokratie heißt Vielfalt**

3345 Grundlage jeder Demokratie ist das Prinzip der Gleichheit der Menschen. Wir erleben in einer
3346 vielfältigen Stadt wie Berlin aber allzu oft, dass dieses Prinzip mit Füßen getreten, mit
3347 Hassparolen angegriffen und mit Verächtlichmachung ganzer Gruppen untergraben wird. Eine
3348 Demokratie ist nur so gut wie der Schutz, die Rechte und die Freiheit, die Minderheiten
3349 genießen. Wir stellen uns allen Tendenzen entgegen, die die Gleichheit aller Menschen
3350 infrage stellen.

3351 **Mehr Transparenz von politischen Entscheidungen**

3352 Die Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen ist eine zentrale Voraussetzung für
3353 das Vertrauen in demokratische Strukturen und die Landesverwaltungen. Wir wollen das
3354 Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln und damit die
3355 Veröffentlichungspflicht der Verwaltung und das Recht auf Akteneinsicht erweitern. Diese
3356 Veröffentlichungspflicht soll sowohl für die Verwaltung als auch für die landeseigenen
3357 Betriebe gelten. Die Kontrolle des Gesetzes soll durch eine*n Beauftragte*n für Datenschutz,
3358 Transparenz und Informationsfreiheit erfolgen. Außerdem setzen wir uns für die Einführung
3359 eines Lobbyregisters im Land Berlin ein.

3360 **Bürger*innenräte in Berlin einführen**

3361 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir auf Bezirksebene
3362 und auch auf Landesebene sowie zu einzelnen thematischen Schwerpunkten Bürger*innenräte
3363 etablieren, die sich zu bestimmten Themen temporär bilden und die Institutionen
3364 repräsentativer Demokratie ebenso wie die Instrumente der direkten Demokratie ergänzen. Die
3365 Teilnehmer*innen an den Räten werden durch das Zufallsprinzip gelost, um die Bandbreite der
3366 Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu können. Gemeinsam mit der Verwaltung können dort
3367 Lösungen für konkrete Probleme im Kiez oder im Bezirk erarbeitet werden. Dadurch wollen wir
3368 die demokratischen Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz
3369 politischer Entscheidungen auf lokaler Ebene erhöhen.

3370 **Stadtvertrag für Beteiligung**

3371 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Repräsentative,
3372 direktdemokratische und dialogische Elemente gehören zusammen. Sie eröffnen auch
3373 Einwohner*innen ohne Wahlrecht, sich an konkreten Projekten in der Stadt zu beteiligen, sie
3374 machen eine Mitsprache zwischen den Wahlen und unabhängig von Parteien möglich, sie binden
3375 Engagement und Sachverstand der Bürger*innen ein in eine gemeinwohlorientierte

3376 Stadtentwicklung. Dazu wollen wir einen „Stadtvertrag Beteiligung“ erarbeiten: weitere
 3377 Stärkung der direkten Demokratie, transparente Verwaltung und Zugang zu Verwaltungswissen,
 3378 Ausbau der Beteiligungsbüros in der ganzen Stadt, das neue Instrument der Bürger*innenräte,
 3379 Bürger*innenentscheide auf Bezirksebene verbindlich machen, eine*n Beauftragte*n einsetzen,
 3380 um diese Prozesse zu begleiten und voranzutreiben.

3381 **Demokratische Initiativen stärken**

3382 Engagement ist das Rückgrat unserer Demokratie, deshalb braucht es unsere Förderung. Wir
 3383 haben mit dem Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus,
 3384 Rassismus und Antisemitismus“, der Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt (IGSV)
 3385 und zahlreichen anderen Programmen schon vieles getan. Aber wir wollen mehr: Wir wollen eine
 3386 dauerhafte und verlässliche Förderung solcher Projekte und deshalb wollen wir mit einem
 3387 Landesdemokratiefördergesetz dauerhafte Strukturen schaffen, um Engagement für Demokratie
 3388 und Vielfalt, gegen Hass und Rassismus zu stärken. Vor allem wollen wir Präventionsangebote
 3389 stärken sowie Anlaufstellen und Aussteigerprogramme verstetigen.

3390 **Wissen schaffen, Demokratiebildung ausweiten**

3391 Wir wollen den Berlin Monitor fortführen. Er hat die Erfahrungen der Berliner*innen im
 3392 Zusammenleben wissenschaftlich untersucht und wertvolle Hinweise gegeben, um gezielt
 3393 Probleme anzugehen. Um das demokratische Bewusstsein zu stärken, sind historische und
 3394 politische Bildung unerlässlich. Wir wollen die Landeszentrale für politische Bildung
 3395 stärken und insbesondere für junge Menschen und in Schulen ausweiten. Denn hier wird die
 3396 Grundlage für die Zukunft unserer Demokratie gelegt. Die Auseinandersetzung mit Rassismus,
 3397 Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gehört ebenso dazu
 3398 wie das Wissen um deutsche Kolonialgeschichte.

3399 **Hilfe und Beratung verbessern, Bewusstsein stärken**

3400 Viele Menschen erleben Diskriminierung und Hass, sei es wegen ihrer Herkunft, ihres Glaubens
 3401 oder ihrer sexuellen Identität. Die Betroffenen fühlen sich oft isoliert und ausgeschlossen
 3402 und brauchen deswegen Anlaufstellen, denen sie vertrauen können. Wir wollen solche Stellen
 3403 mit der Zivilgesellschaft schaffen und stärken. Ebenso werden wir in der öffentlichen
 3404 Verwaltung und in Schulen regelmäßige Fortbildungen einführen, um Rassismus und
 3405 Diskriminierung entgegenzuwirken.

3406 **Hass und politische Gewalt bekämpfen**

3407 Wir haben bereits eine Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft geschaffen, um gegen
 3408 politisch motivierte und Hasskriminalität vorzugehen, und werden sie weiter stärken. Wir
 3409 wollen damit insbesondere der Bedrohung jüdischen Lebens durch wachsenden Antisemitismus
 3410 entgegentreten und Hassbotschaften im Internet Einhalt gebieten.

3411 **5.7 Berlin bleibt Kulturhauptstadt**

3412 Berlin ist eine Kulturhauptstadt. Kaum eine andere Stadt hat ein so reichhaltiges Angebot an
 3413 Theatern, Museen, Orchestern und Chören, eine so vibrierende Film-, Literatur-, Musik- und
 3414 Clubszene, mit der Künstler*innen und Kreative Berlin spannend und lebenswert machen. Doch
 3415 diese Kunst- und Kulturmetropole ist unter Druck: Der übergroße Teil der Kulturschaffenden
 3416 gehört immer noch zu den Geringverdienenden in unserer Gesellschaft. Steigende Mieten und
 3417 Lebenshaltungskosten haben soziale Verdrängung und den Verlust künstlerischer Freiräume mit
 3418 sich gebracht. Durch den Lockdown in der Corona-Pandemie haben zahllose freischaffende
 3419 Künstler*innen und private Kulturorte von heute auf morgen ihre Existenzgrundlage verloren.
 3420 Wir stehen für den Erhalt und Ausbau von Berlins einmaliger Kulturlandschaft: Wir haben mit
 3421 Mindesthonoraren und neuen Förderprogrammen für eine Besserstellung von Künstler*innen
 3422 gesorgt, durch die Sicherung öffentlicher Liegenschaften sowie gezielte Immobilienankäufe

3423 neue Kulturräume geschaffen und die kulturelle Grundversorgung in den Bezirken ausgebaut.
 3424 Nun wollen wir den nächsten Schritt machen, indem wir die Kulturraum-Frage ins Zentrum der
 3425 Stadtentwicklungspolitik rücken, die Fördersystematik zugunsten von mehr Gerechtigkeit,
 3426 Transparenz und Diversität reformieren und die Dekolonisierung Berlins weiter vorantreiben.

3427 **Kunst und Kultur brauchen mehr Raum in Berlin – und zwar dringend**

3428 Berlins Kulturleben hat einen bedeutenden Anteil an der Attraktivität und internationalen
 3429 Ausstrahlung der Stadt. Gleichzeitig waren und sind Kunst und Kultur immer mehr als ein
 3430 Wirtschaftssektor und deshalb auf öffentliche Förderung und Infrastruktur angewiesen. Daher
 3431 wollen wir bei der Neubau- und Ankaufspolitik des Landes wie in der Berliner
 3432 Stadtentwicklungspolitik ganz generell kulturelle Nutzungen und Bedarfe stärker in den
 3433 Vordergrund stellen. So, wie wir die Alte Münze als einen Kunst- und Kulturstandort mit dem
 3434 Schwerpunkt Musik gesichert haben, werden wir weitere öffentliche Liegenschaften als
 3435 künstlerische Produktions- und Präsentationsorte erschließen. Wir werden auch weiterhin
 3436 private Immobilien für diesen Zweck gezielt ankaufen und das sogenannte Arbeitsraumprogramm
 3437 im Dialog mit der Freien Szene und den Spartenverbänden weiterentwickeln. Bei Planung und
 3438 dem Bau neuer Stadtquartiere müssen künstlerische Zwecke und die Schaffung kultureller
 3439 Infrastruktur von vornherein mitberücksichtigt werden. Außerdem wollen wir sonstige
 3440 öffentliche Liegenschaften und Bauprojekte zugunsten einer Kulturnutzung öffnen:
 3441 Bildungseinrichtungen, Gerichte und Dienstgebäude der Berliner Verwaltung können außerhalb
 3442 ihrer normalen Öffnungszeiten als Probe- und Aufführungsorte fungieren – und beim Neubau
 3443 einer Schule können im Idealfall auch gleich neue Räume für die bezirkliche Musikschule oder
 3444 Jugendkunstschule entstehen. Dabei denken wir Kunst und Klimaschutz zusammen: Auch der
 3445 Kulturbereich muss seinen Anteil an der Einsparung von CO₂-Emissionen auf dem Weg zu einer
 3446 klimaneutralen Stadt erbringen. Das gilt insbesondere für die Museen und den Gastspiel- und
 3447 Festivalbetrieb, die zu den größten Treibhausgas-Emittenten gehören. Deshalb unterstützen
 3448 wir Konzepte für ein „Green Culture Desk“ und die Einrichtung eines entsprechenden Fonds.

3449 **Förderung der Freien Szene neu justieren**

3450 Berlins Freie Szene war schon immer eine Art Laboratorium für neue künstlerische Ausdrucks-
 3451 und Arbeitsformen und trägt durch ihre Innovationen erheblich zu der internationalen
 3452 Ausnahmestellung der Stadt bei. Die Förderstrukturen, die dies ermöglicht haben, werden den
 3453 neueren Entwicklungen hinsichtlich der Bandbreite und Ausdifferenzierung von Sparten und
 3454 Formaten sowie der künstlerischen Qualität und Professionalisierung dieser Szene allerdings
 3455 schon lange nicht mehr gerecht. Wir wollen die vorhandenen Förderinstrumente und -strukturen
 3456 deshalb zusammen mit Vertreter*innen der freien Verbänden und Kulturorte einer kritischen
 3457 Evaluation unterziehen und gemeinsam weiterentwickeln. Dabei wollen wir das fortsetzen, was
 3458 wir in dieser Legislatur mit dem Runden Tisch Tanz und den neuen Stipendien, der Einrichtung
 3459 eines Festivalfonds, der Ausweitung der Kinder- und Jugendtheater-Förderung und der Stärkung
 3460 der Ankerinstitutionen der Freien Szene begonnen haben. Auch die Arbeit und Strukturen der
 3461 freien Spartenverbände selbst wollen wir kontinuierlich unterstützen.

3462 **Zeit für eine diverse und feministische Kulturpolitik**

3463 Berlin ist eine vielfältige Metropole mit Menschen unterschiedlichster Migrationsgeschichte.
 3464 Diese gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt spiegelt sich in den städtischen
 3465 Kultureinrichtungen bislang nur unzureichend wider. Dies ist für uns eine Frage der
 3466 gerechten Teilhabe und Repräsentanz, aber auch eine Chance für künstlerische Entwicklungen,
 3467 die postmigrantische, transkulturelle Innovationen aufgreift. Die gesellschaftliche Vielfalt
 3468 muss endlich besser in den Angeboten der öffentlichen Kultureinrichtungen, ihren
 3469 Leitungspositionen und Aufsichtsgremien, bei der Besetzung von Jurys und in der
 3470 Kulturförderung als solcher zum Ausdruck kommen. Mit der Einrichtung eines Diversitätsfonds
 3471 und dem Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung (Diversity Arts Culture) haben wir

3472 einen Anfang gemacht. Nun wollen wir die Förderpolitik nach Vorbild des New Yorker „Culture-
3473 Plan“ umbauen.

3474 Bei der Besetzung von Intendanzen und anderen Spitzenpositionen im Kulturbereich müssen auch
3475 endlich Frauen stärker berücksichtigt werden. Doppelspitzen und Intendant*innen-Kollektive
3476 sollten nicht länger eine Ausnahme, sondern Normalität auch in großen Kulturinstitutionen
3477 sein. Wir werden dem sogenannten Gender-Show-Gap und der Unterrepräsentanz von Frauen in
3478 Regiepositionen entgegenwirken – dort, wo es sich wie beim Berliner Theatertreffen
3479 realisieren lässt, gegebenenfalls auch in Form einer Quote.

3480 **Ein Zentrum der Kunst und Kreativwirtschaft im Flughafen Tempelhof**

3481 Wir wollen kreative Innovationen, speziell von Kleinstunternehmen, Solo-Selbstständigen und
3482 freien Gruppen, fördern. Im Gebäude des Flughafens Tempelhof soll ein Zentrum für Kultur-
3483 und Kreativwirtschaft entstehen, in dem Ateliers, Galerien, Proberäume und freie Spielorte
3484 ebenso wie Produktions- und Präsentationsstätten für Design, Mode, Architektur oder Games
3485 Platz finden. Alles, was dort produziert wird, soll unter dem Label „made in Berlin“ gezielt
3486 vermarktet und präsentiert werden. Dazu wollen wir als digitale Ergänzung eine landeseigene
3487 virtuelle „Plattform Berlin“ aufbauen. Auch im ehemaligen Flughafen Tegel wollen wir Raum
3488 für die Kreativwirtschaft schaffen.

3489 **Freiheit der Medien garantieren**

3490 Die Medien erfüllen durch Information und Unterhaltung eine wichtige gesellschaftliche
3491 Funktion. Freie Medien sind Grundlage für Demokratie. Mit großer Sorge verfolgen wir die
3492 Angriffe, denen freie Medien verstärkt ausgesetzt sind. Wir stehen ein für Pressefreiheit
3493 und werden die Unabhängigkeit von Journalist*innen wahren und sichern. Gerade der
3494 öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgaben, die Breite der Gesellschaft abzubilden und
3495 Ort der offenen Debatte der Gesellschaft zu sein. Deshalb ist es wichtig, dass die
3496 jeweiligen Medienformate in ihrer Darstellung auch die Diversität der Gesellschaft
3497 widerspiegeln und adressieren. Um die Vielfalt und Teilhabe von unterrepräsentierten Gruppen
3498 im rbb zu erhöhen, wollen wir den Rundfunk-Staatsvertrag zusammen mit Brandenburg
3499 weiterentwickeln.

3500 **„Berlin-Jahr“ für Absolvent*innen der Filmhochschulen**

3501 Der Film entwickelt sich zunehmend zu einem Aushängeschild der Berliner Kulturlandschaft. Um
3502 hier ausgebildete Filmschaffende an Berlin zu binden, wollen wir ihnen in einem „Berlin-
3503 Jahr“ eine Anschlussförderung und in Kooperation mit der Filmwirtschaft Arbeitsangebote
3504 bieten. Um Möglichkeiten der Aus-, Weiter- und Fortbildung für Film- und Medienschaffende zu
3505 verbessern, wollen wir die Angebote der Medienanstalt Berlin-Brandenburg ausweiten. Dazu
3506 soll die Medienanstalt auch mit den Filmhochschulen kooperieren.

3507 **Clubkultur erhalten**

3508 Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur erhalten und dazu Standorte sichern. Um
3509 Nutzungskonflikte mit Anrainern zu entschärfen, haben wir 2018 einen „Lärmschutzfonds für
3510 Berliner Clubs“ ins Leben gerufen und mit einer Million Euro ausgestattet. Diesen Weg wollen
3511 wir fortsetzen. Das „Agent of Change“-Prinzip wollen wir in ganz Berlin etablieren. Um Clubs
3512 bauplanungsrechtlich besser abzusichern und ihnen einen einfacheren Zugang zu Fördermitteln
3513 zu verschaffen, wollen wir diese Clubs auch offiziell als Kulturstätten anerkennen. Uns ist
3514 wichtig, Clubs in ihrer Funktion als Orte der gesellschaftlichen Begegnung und „Safer
3515 Spaces“, zum Beispiel für queere Menschen, zu stärken und gleichzeitig gemeinsam mit den
3516 Betreiber*innen und der Clubkommission gegen Diskriminierung an der Tür und im Clubleben
3517 vorzugehen.

3518 **Decolonize!**

3519 Mit dem von uns initiierten gesamtstädtischen Konzept für die Aufarbeitung und Erinnerung
3520 der deutschen Kolonialvergangenheit ist Berlin vom Nachzügler zum Vorreiter bei der
3521 Dekolonisierung geworden. Doch die ist ein Prozess, der nur im engen Dialog mit den
3522 postmigrantisch-diasporischen Communities und den Nachkommen der Menschen in den ehemaligen
3523 Kolonien gelingen kann. Wir wollen die Dekolonisierung der Berliner Kultureinrichtungen und
3524 deren Arbeit im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben. Dafür wollen wir
3525 die in dieser Legislatur eingerichtete Koordinationsstelle und die Zusammenarbeit mit
3526 Initiativen wie „Decolonize Berlin e.V.“ verstetigen. Die Berliner Bezirke und
3527 Stadtteilinitiativen wollen wir bei der Umbenennung von Straßen und Plätzen, die noch heute
3528 den Kolonialismus und die Kolonialverbrecher ehren, bestmöglich unterstützen, etwa indem wir
3529 auf Landesebene Ressourcen für die wissenschaftliche Erforschung dieser Straßenhistorie zur
3530 Verfügung stellen. An den Berliner Hochschulen sollen endlich Postcolonial und Black Studies
3531 angeboten werden, wie es im angelsächsischen Raum längst der Fall ist. Und wir fordern
3532 weiterhin die Errichtung eines Lern- und Erinnerungsortes gemeinsam mit dem Bund als
3533 zentrale Gedenkstätte für die Opfer des deutschen Kolonialismus. Als ehemalige Hauptstadt
3534 des deutschen Kolonialreichs und Ort zahlreicher kolonialer Sammlungen und Institutionen
3535 steht Berlin ganz besonders in der Pflicht, deren Geschichte aufzuarbeiten: Wir setzen uns
3536 für eine systematische Provenienzforschung und die Offenlegung der Inventarlisten der
3537 Berliner Museen und Sammlungsbestände ein. Koloniale Raubkunst und menschliche Überreste
3538 müssen den Herkunftsgesellschaften zurückgegeben werden, und das proaktiv. Wir wollen
3539 außerdem Berlins Städtepartnerschaft mit Windhoek, Namibia, dafür nutzen, eine
3540 Wiedergutmachung der Bundesrepublik für den Genozid an den Nama und Herero und die
3541 Aussöhnung mit deren Nachkommen zu erreichen.

3542 **5.8 Berlin ist solidarisch: Europa und die Welt im** 3543 **Blick**

3544 Wir wollen Berlin zu einer Stadt machen, die keinen zurücklässt. Berlin soll ein sicherer
3545 Hafen für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder der Klimakrise fliehen
3546 mussten, und eine gute Heimat all denjenigen bieten, die in einer weltoffenen,
3547 demokratischen und solidarischen Stadt leben wollen. Alle Menschen, die in Berlin ankommen,
3548 müssen eine Chance erhalten, sich in unserer Stadt ein Leben aufbauen zu können.

3549 **Berlin ist sicherer Hafen**

3550 Wir bekennen uns zu den europäischen Werten von Frieden, Demokratie, Menschenrechten und
3551 Solidarität. Die Abschottungspolitik an den europäischen Außengrenzen steht diesen Werten
3552 entgegen und ist eine Schande für Europa. Die Unterbringung von Geflüchteten in
3553 menschenunwürdigen Lagern, wie in Moria auf Lesbos, zeigt das Scheitern der bisherigen
3554 europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Wir fordern stattdessen eine solidarische und
3555 menschenrechtsbasierte europäische Flüchtlingspolitik, die allen Asylsuchenden ein faires
3556 Asylverfahren zusichert. Berlin hat bereits gezeigt, dass es bereit ist, Solidarität zu
3557 zeigen und Menschen aufzunehmen. Bislang sind wir mit unserem Landesaufnahmeprogramm immer
3558 wieder am Nein des Bundesinnenministers gescheitert. Diese Ablehnung ist für uns Ansporn.
3559 Wir werden uns weiterhin für ein Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete aus den griechischen
3560 Lagern einsetzen und haben erreicht, dass Berlin dafür sogar gegen das
3561 Bundesinnenministerium klagt. Intensiv bemühen wir uns um besonders schutzbedürftige
3562 Geflüchtete. Das entsprechende Aufnahmeprogramm wollen wir verlängern und dafür sorgen, dass
3563 alleinreisende Frauen, Traumatisierte, Geflüchtete mit Behinderungen, LSBTIQ* und Familien
3564 unmittelbar nach ihrer Ankunft die Beratung und Betreuung bekommen, die sie benötigen.

3565 **Eine echte Willkommensbehörde für Berlin**

3566 In Berlin ist die postmigrantische Einwanderungsgesellschaft schon lange Realität und in den
3567 kommenden Jahren wird sie noch pluraler werden, als sie es jetzt schon ist. Nun gilt es,

3568 diese Realitäten in Politik und Verwaltung abzubilden. Es muss unser Ziel sein, ein
3569 friedliches, gerechtes und freies Leben für alle Berliner*innen zu ermöglichen. Dafür werden
3570 wir das Berliner Landesamt für Einwanderung zu einer echten Willkommensbehörde
3571 weiterentwickeln und alle nötigen Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung – vom
3572 Aufenthaltsrecht über die Versorgung und Unterbringung bis zum Integrationskurs – bündeln.
3573 Die Willkommensbehörde soll der für Integration zuständigen Senatsverwaltung unterstellt
3574 werden. Ebenso soll die Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht nicht länger im Innenressort
3575 angesiedelt bleiben. Neuen Berliner*innen soll dadurch das Ankommen erleichtert und Teilhabe
3576 soll ihnen ermöglicht werden. Die gesetzlichen Spielräume wollen wir konsequent zugunsten
3577 der Betroffenen nutzen. Dazu gehört, dass die, die arbeiten oder sich bilden, auch bleiben
3578 können. Ein prekärer Aufenthaltsstatus darf nicht länger die Aufnahme einer Ausbildung,
3579 berufsvorbereitende Maßnahmen oder den Abschluss eines angebotenen Arbeitsvertrages
3580 verhindern. Berlin kann nur all seine Potentiale ausschöpfen, wenn die Anerkennung von im
3581 Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, von Ausbildung und Studium, vereinfacht wird.
3582 Abschiebungen während Ausbildungsvorbereitung oder Ausbildung – dazu zählt auch die
3583 Schulzeit oder der Besuch einer Hochschule – müssen für die gesamte Familie konsequent
3584 ausgeschlossen sein. Abschiebungen sollen generell nur in Ausnahmefällen erfolgen. Die
3585 Abschiebungen in Krisen- und Konfliktregionen, wie nach Afghanistan, lehnen wir ab.

3586 **Programm zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen**

3587 Auch politisch Verfolgten wollen wir in Berlin eine sichere Anlaufstelle geben. Besonders
3588 Menschenrechtsverteidiger*innen sind in autoritären Regimen immer wieder massiver Repression
3589 ausgesetzt. Wir haben in dieser Legislatur mehrere Programme zur Unterstützung von Menschen
3590 aufgelegt, die in ihrer Heimat politisch verfolgt werden. Dadurch haben Betroffene aus
3591 Journalismus, Kultur, Wissenschaft und Unternehmen die Möglichkeit, für eine gewisse Zeit in
3592 Berlin in Sicherheit zu leben. Diese Programme wollen wir verstetigen und unter einem
3593 gemeinsamen institutionellen Dach, einem Haus des Exils, ansiedeln. Berlin setzt dadurch ein
3594 starkes Signal für den Schutz von Menschenrechten weltweit. Darüber hinaus setzen wir uns
3595 dafür ein, dass in Berlin ein „Friedensforum“ entsteht, das als Begegnungsraum für zivile
3596 Konfliktbearbeitung und gewaltfreie Konfliktlösung Friedensarbeit praktisch erfahrbar macht.

3597 **Berlin ist Fair Trade Town – das verpflichtet zu Verantwortung**

3598 Viele Produkte auf dem deutschen Markt werden in anderen Ländern oft unter katastrophalen
3599 Bedingungen hergestellt: Umweltzerstörungen, Menschenrechtsverletzungen und ausbeuterische
3600 Arbeitsverhältnisse werden für Profite in Kauf genommen. Für uns ist klar: Unternehmen und
3601 Importeure müssen Verantwortung für ihre gesamte Lieferkette übernehmen. Die Auszeichnung
3602 Berlins als Fair-Trade-Town im Jahr 2018 und die Gründung des Eine-Welt-Hauses waren dafür
3603 erste wichtige Schritte. Wir wollen diesen Weg weitergehen und schrittweise eine faire und
3604 ökologische Beschaffung in der Berliner Verwaltung umsetzen. Von Kaffee über Computer und
3605 Kleidung bis zu Baumaterial – Berlin muss fair, sozial und nachhaltig einkaufen. Auf
3606 Bundesebene setzen wir uns für ein Lieferkettengesetz ein, damit Verbraucher*innen
3607 Transparenz erhalten und Umwelt- und Sozialstandards weltweit eingehalten werden.

3608 **Soziales Europa statt Ausbeutung**

3609 Ausbeutung von Arbeitskräften aus Europa ist in Berlin leider an der Tagesordnung – auf
3610 Baustellen, in Hotels, im Bereich der Prostitution. Gegen diesen Missbrauch europäischer
3611 Freizügigkeit gehen wir mit aller Kraft vor. Wir unterstützen entsprechende Kontrollen des
3612 Zolls, zum Beispiel um die Missachtung des Mindestlohns auf Baustellen zu verhindern. Und
3613 wir stärken zivilgesellschaftliche Organisationen, die wertvolle Arbeit leisten, um für
3614 Transparenz zu sorgen und betroffene Menschen zu beraten, häufig sind dies Migrant*innen-
3615 Selbst-Organisationen. Wir wollen diese sicher finanzieren und bei der Vernetzung
3616 unterstützen, zum Beispiel mit Gewerkschaften und der Berliner Justiz. Häufig entsteht das

3617 Problem, dass EU-Bürger*innen keine Ansprüche auf Sozialleistungen geltend machen können.
 3618 Auf Bundesebene arbeiten wir darum dafür, dass Leistungsausschlüsse abgeschafft werden. In
 3619 Berlin wollen wir mit einer Clearing-Stelle dafür sorgen, dass zentral alle Möglichkeiten
 3620 geprüft werden können. Wenn nötig werden wir Menschen auch auf Basis des Allgemeinen
 3621 Sicherheits- und Ordnungsgesetzes unterbringen. Ein Dach über dem Kopf zu haben ist ein
 3622 Grundrecht, dafür stehen wir ein, ausnahmslos.

3623 **Partnerschaften in der Europäischen Union**

3624 Es ist der historische Verdienst der Europäischen Union, einen Kontinent, der jahrzehntelang
 3625 von Krieg und Zerstörung gezeichnet war, in einen stabilen Frieden geführt zu haben. Der
 3626 Blick in unsere europäische Nachbarschaft zeigt, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist.
 3627 Wir müssen das europäische Projekt aktiv am Leben halten, Brücken bauen und den europäischen
 3628 Austausch fördern. Deshalb wollen wir zukünftig vor allem mit denjenigen Städten – vor allem
 3629 in Osteuropa – gezielt Kooperationen und Partnerschaften eingehen, die unsere Werte teilen.
 3630 Auch die Mitgliedschaft in bestehenden Städtenetzwerke, die sich für Klimaschutz, den
 3631 humanen Umgang mit Geflüchteten und gegen Rassismus einsetzen, wollen wir weiter ausbauen
 3632 und stärken. Auf EU-Ebene wollen wir die EU-Städteagenda nutzen, um noch stärker den
 3633 Austausch und die Kooperation, besonders im Bereich des Klimaschutzes, der
 3634 Kreislaufwirtschaft und der Energiewende, zu suchen.

3635 **Europa in die Berliner Landesverfassung**

3636 In der Stadt wollen wir Europa sichtbarer machen. Deshalb fordern wir, ein Bekenntnis zur
 3637 Europäischen Union auch in die Berliner Landesverfassung aufzunehmen, wie es in vielen
 3638 anderen Bundesländern der Fall ist. Darüber hinaus sollen die Bezirke über den Rat der
 3639 Bürgermeister besser in die Programmplanung des Landes Berlin für den Europäischen
 3640 Sozialfond (ESF) und den Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE) eingebunden
 3641 werden. Die Europabeauftragten auf Bezirksebene sollen gestärkt werden und regelmäßig über
 3642 ihre Arbeit berichten. Auch das Abrufen von EU-Geldern durch die Bezirksverwaltungen wollen
 3643 wir vereinfachen, indem diese Koordinierungsstelle bei der Antragstellung unterstützt.

3644 **Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins**

3645 **1. Gleichstellung in allen Gesellschaftsbereichen**

3646 Wir kämpfen für die Gleichstellung der Geschlechter in allen Gesellschaftsbereichen – nicht
 3647 erst seit Corona, aber seit der Pandemie umso mehr: Krisenstäbe und alle anderen Gremien
 3648 müssen divers und geschlechterparitätisch besetzt sein. Um alle Haushaltsmittel
 3649 geschlechtergerecht zu verteilen, wollen wir das Gender-Budgeting weiter vorantreiben, indem
 3650 wir ein Gender-Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung einsetzen. Und damit Politik für
 3651 Frauen endlich als Querschnittsthema in allen Bereichen mitgedacht wird, wollen wir mit
 3652 allen Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und ressortübergreifende
 3653 Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen und eine Gesetzesfolgenabschätzung
 3654 einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt.

3655 **2. Rechtsextremen Terror aufklären – parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur 3656 Terrorserie in Neukölln**

3657 Die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln steht in einer Linie mit Hanau und den NSU-
 3658 Morden. Es wurden Verbindungen der Berliner Polizei zur Polizeibehörde in Hessen bekannt,
 3659 aus der Todesdrohungen mit der Kennung NSU 2.0 verschickt wurden. Es mussten zwei
 3660 Staatsanwälte in der Berliner Justiz umgesetzt werden. Noch immer ist kaum etwas aufgeklärt
 3661 – weder Brandanschläge noch Bedrohungen und auch nicht der Mord an Burak Bektas aus dem Jahr
 3662 2012. Wir brauchen Klarheit über die Fälle, aber auch darüber, welche Rolle Berliner
 3663 Polizist*innen und Staatsanwält*innen spielen. Darum werden wir direkt zu Beginn der neuen

3664 Legislaturperiode einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen. Aufklärung
3665 schafft Vertrauen. Genau das braucht unsere Hauptstadt-Polizei.

3666 **3. Bürger*innenräte in Berlin einführen**

3667 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir auf Bezirks- und
3668 Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die sich zu bestimmten Themen temporär bilden und
3669 die Institutionen repräsentativer Demokratie ergänzen. Die Teilnehmer*innen an den Räten
3670 werden durch das Zufallsprinzip gelost, um die Bandbreite der Gesellschaft in einem Kiez
3671 abbilden zu können. Gemeinsam mit der Verwaltung können dort Lösungen für konkrete Probleme
3672 im Kiez oder im Bezirk erarbeitet werden. Dadurch wollen wir die demokratischen
3673 Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz politischer Entscheidungen
3674 auf lokaler Ebene erhöhen.

3675 **4. Kulturförderung gerechter, transparenter und diverser gestalten**

3676 Wir wollen die Berliner Kulturförderung angesichts neuer Entwicklungen und
3677 gesellschaftlicher Realitäten umgestalten: Die gesellschaftliche Diversität muss sich besser
3678 in den kulturellen Angeboten und – nach New Yorker Vorbild – auch in der Besetzung von
3679 Leitungsfunktionen und Förderstrukturen widerspiegeln. Mit innovativen Programmen und neuen
3680 Kooperationsformen wollen wir mehr Fördergerechtigkeit für diejenigen erreichen, die bislang
3681 durchs Raster fallen und sich von einem unterfinanzierten Projekt zum nächsten hangeln
3682 müssen. Dies erreichen wir nur gemeinsam mit Vertreter*innen der freien Verbände und
3683 Institutionen sowie mehr Partizipation und Transparenz bei kulturpolitischen Entscheidungen.

3684 **5. Eine Willkommensbehörde für Berlin**

3685 Berlin soll eine Willkommensbehörde bekommen. Wir haben bereits aus der „Ausländerbehörde“
3686 das „Landesamt für Einwanderung“ gemacht. Jetzt kommt der nächste Schritt. In einer
3687 Willkommensbehörde sollen alle Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung gebündelt werden
3688 – vom Aufenthaltsrecht über den Integrationskurs bis zur Arbeitserlaubnis. Die
3689 Willkommensbehörde soll im Kompetenzbereich der für Integration zuständigen Senatsverwaltung
3690 liegen. Auch die Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht soll vom Innenressort an die
3691 Integrationsverwaltung übertragen werden. Gesetzliche Spielräume wollen wir konsequent
3692 zugunsten der Betroffenen nutzen.